

Stellungnahme des Altonaer Manifests zur Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ des NABU

Wir begrüßen, dass der NABU mit seiner Volksinitiative Hamburgs Grün erhalten möchte. Natürlich sind wir auch der Meinung, dass Hamburgs Grünflächen nicht zugebaut werden dürfen, dass Grün die Lunge der Stadt ist, Bäume erhalten werden müssen und die Menschen in der Stadt fußläufig Naherholungsgebiete brauchen. **Aber eine Forderung, die so allein steht, greift viel zu kurz!**

Die Forderung ist schwammig und rechtlich unverbindlich formuliert, so dass sie den Hamburger Senat zu nichts verpflichtet. Den Unterschreibenden dagegen wird suggeriert, dass bei einem gewonnenen Volksentscheid keine Grünflächen mehr zugebaut werden dürften.

Wer das Hamburger Grün schützen möchte, gerät bei dieser Volksinitiative in ein Dilemma: Stimmt man der Volksinitiative nicht zu, wird der Senat dies als Zustimmung zu seiner Politik des Vernichtens von Grünflächen werten.

Stimmt man dem Text des NABU dagegen zu, heißt das in der Logik des Senats:

Wenn nicht die Grünflächen verbaut werden sollen, dann wird eben innerstädtisch noch mehr verdichtet, aufgestockt, jede Lücke gefüllt,

Innenhöfe bebaut, wie es derzeit in Ottensen (Otte 60) und in Bahrenfeld (Bahrio 68) geschieht bzw. geplant ist. **Das darf nicht die Alternative sein!**

- Eine Nachverdichtung insbesondere in schon dichtbesiedelten Stadtteilen wie Ottensen, Altona-Altstadt, Schanzenviertel usw. verschlechtert die Lebensqualität für die in ihnen wohnende Bevölkerung immens.
- Autoverkehr, Lärm, Luftverschmutzung, Enge nehmen zu
- Straßenzüge, Plätze, Innenhöfe werden verschattet
- durch höhere Bebauung entsteht häufig ein Windkanal (s. Große Bergstraße),
- laute und zugige Straßen und Plätze verschlechtern die Aufenthaltsqualität
- zu dichte Besiedlung, Enge durch zu viele Menschen auf den Straßen und Plätzen machen Menschen aggressiv
- Expertinnen, die sich mit der Klimaveränderung beschäftigen, warnen wegen des in Zukunft heißeren und feuchteren Klimas, nicht zu eng zu bauen, damit eine gute Belüftung zwischen den Häusern stattfinden kann. Städteplanung muss langfristig bedacht werden.

Schon in der Weimarer Republik war klar, dass Enge, wenig Sonne und schlechte Belüftung, Menschen krank machen. Deswegen forderte die ArbeiterInnenbewegung Sonne, Licht und Luft in der Architektur. Erinnerung sei dabei an den Architekten und Stadtplaner Gustav Oelsner, der von 1924 bis 1933 Bausenator von Altona war. Er stand für einen licht- und sonnendurchfluteten kommunalen

Forderung der Volksinitiative:

„Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, darauf hinzuwirken, den Anteil des Grüns in Hamburg zu erhalten, wobei Hamburgs Grün der gesamten gemeinsamen Fläche von Grünanlagen, Kleingärten, Friedhöfen, Parkanlagen, Naturnahen Landschaften, Wäldern, Landwirtschaftlichen Kulturlandschaften sowie Gewässerlandschaften und Auenentwicklungsbereichen (Milieus laut Hamburger Landschaftsprogramm) entspricht und der Anteil sich auf die Gesamtfläche Hamburgs zum Stichtag 01.06.2018 bezieht.“

Wohnungsbau. Unter seiner Mitwirkung entstand ein Generalsiedlungs- und Grüngürtelplan für Altona. So sind der Elbuferwanderweg wie auch die Erhaltung der großen Parks in den Elbvororten für die Allgemeinheit u.a. auf seine Initiative zurückzuführen. All diese Erkenntnisse und städtebaulichen Errungenschaften werden heute durch den Hamburger Senat wieder über Bord geworfen.

Wir können der Volksinitiative nicht zustimmen, weil das Ergebnis genau dem widerspricht, wofür das Altonaer Manifest steht: eine sozial gerechte Stadtentwicklung. Egal ob Zustimmung oder nicht, in beiden Fällen wird der Hamburger Senat die innerstädtischen Stadtteile weiter nachverdichten.

Warum muss überhaupt nachverdichtet werden?

Mit dem Slogan „Hamburg als wachsende Stadt“ wirbt der Hamburger Senat um finanzkräftigen Nachzug. Diese Politik des Hamburger Senats ist infrage zu stellen und Konzepte für die Stadt und auch für den ländlichen Raum sind zu entwickeln. Hamburg kann nicht unbegrenzt erweitert und verdichtet werden, wenn wir nicht solche Verhältnisse wie in den Millionen Städten mancher internationaler Metropolen mit Wolkenkratzern und Slums, Verkehrskollaps und Atemmasken haben möchten. Gleichzeitig wird der ländliche Raum entvölkert, Infrastruktur bricht weg, Bahn- und Busverkehr werden stark eingeschränkt oder ganz stillgelegt, so dass dort durch zunehmend schwierige Lebensbedingungen wiederum ein Sog auf die Städte entsteht.

Wem das nicht genügt: Es könnte doch der Vorschlag der Architektenkammer aufgegriffen, die Verlegung der Messe – z.B. zum Modezentrum nach Schnelsen – und der Abriss des riesigen größtenteils ungenutzten Messegeländes umgesetzt werden., Dies womöglich zusammen mit dem Fleischgroßmarkt, der ohnehin in Auflösung begriffen ist.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden in Hamburg fast nur Luxuswohnungen gebaut. Der sog. „Drittmix“ (30% Sozialwohnungen) kommt kaum noch zur Anwendung – und wenn, dann nur als „soziale Zwischennutzung“ für 15 Jahre.

STADT GEHT AUCH ANDERS!!!

Es gibt Alternativen, z.B.:

- Umzüge in kleinere Wohnungen könnten gefördert und bezuschusst werden, um große Wohnungen für Familien mit Kindern frei zu machen
- Das Messegelände könnte verlegt werden und die größtenteils ungenutzten Gebäude abgerissen werden. Zusammen mit dem ohnehin in Auflösung begriffenen Fleischgroßmarkt würde eine riesige Fläche für Wohnungsbau gewonnen (sinnvoller Vorschlag der Architektenkammer)
- Wir brauchen gemeinnützigen Wohnungsbau mit unbegrenzter Sozialbindung durch die Stadt Hamburg und andere gemeinnützige Träger. **WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT!** Die Bereitstellung kostengünstiger Wohnungen gehört zur Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand. Sie kann nicht privaten Investoren überlassen werden.